

# Johannes Schrapf.

## Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 12/20

6. Juli 2020

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

wir haben es geschafft, unsere Hartnäckigkeit hat sich gelohnt: Die Grundrente kommt und sie wird pünktlich zum 1. Januar 2021 in Kraft treten. Insgesamt 1,3 Millionen Menschen werden dann einen spürbaren Aufschlag auf ihre Rente bekommen – unter ihnen vor allem Frauen, die Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt haben. Damit bekommen die Menschen endlich Gewissheit: Dass sie nämlich von ihren langjährigen Beitragszahlungen am Ende des Erwerbslebens auch etwas haben – und nicht im Alter auf Sozialleistungen angewiesen sind. Neben der Grundrente und dem Kohleausstiegsgesetz haben wir den Solidarpakt für Kommunen beschlossen. Städte und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein, um gute Lebensbedingungen vor Ort zu ermöglichen. Mit dem beschlossenen kommunalen Solidarpakt 2020 können sie investieren - in Schulen und Kitas, in Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 gleichen Bund und Länder vollständig aus. Außerdem wird der Bund künftig 75 Prozent der Kosten der Unterkunft für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen übernehmen. Das entlastet vor allem finanzschwache Kommunen und schafft mehr Spielräume zum Investieren. So können die Kommunen gestärkt aus der Krise gehen. Außerdem hat Deutschland am 1. Juli für die kommenden sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen, sie wird aufgrund der Coronapandemie unter anderen Vorzeichen erfolgen, als wir noch zu Beginn des Jahres dachten. Die Bewältigung der Krise wird dabei im Zentrum stehen. Zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft habe ich zwei Reden im Deutschen Bundestag gehalten. (alles weitere dazu auf Seite 2).

In Berlin beginnt nun die sogenannte parlamentarische Sommerpause. Niemand von uns hat zu Jahresanfang geahnt, dass ein Virus unser Leben, unsere Gesellschaft und unsere Zeit so tiefgreifend verändern könnte. Aber: Es ist und bleibt unsere Zeit! Ihre Herausforderungen müssen und werden wir annehmen. Wie im letzten Jahr werde ich die Zeit nutzen und eine Sommertour durch unser Weserbergland unternehmen. Natürlich mit dem notwendigen Abstand und dem Tragen einer Maske. Wenn Ihr weitere Vorschläge oder Ideen habt, dann meldet Euch gerne in meinen Büros.

Ich wünsche Euch eine wunderschöne Sommer- und Urlaubszeit und ich würde mich freuen, wenn wir uns bei der ein oder anderen Veranstaltung persönlich wiedersehen.

*Johannes Schrapf*

Euer



### Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Reden im Bundestag
- Seite 3** — Reden zur EU-Ratspräsidentschaft im Bundestag
- Seite 4** — Grundrente
  - Treffen mit dem neuen georgischen Botschafter Levan Izoria
- Seite 5** — Besuch bei der Volkshochschule Hameln-Pyrmont
  - Besuch bei den Stadtwerken Hameln
- Seite 6** — Veranstaltung zum Lager Konrad
- Seite 7** — Aktion der Seebrücke Holzminden
- Seite 8** — Informationstreffen der Arbeitsgemeinschaft „Stop Voska“
- Seite 9** — Themenausblick Berlin
- Seite 10** — Treffen mit dem Betriebsrat der Öffis

### Ihr findet mich auch bei:



## REDEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT DEUTSCHLANDS



Letzte Woche habe ich zwei Reden im Plenum des Deutschen Bundestages halten dürfen. Es ging in beiden Fällen um die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: zunächst in der vereinbarten Debatte am Mittwoch und dann noch zur Debatte über den AfD-Antrag zum gleichen Thema.

Ich habe in der ersten Rede betont, dass wir uns für die begonnene Ratspräsidentschaft natürlich andere, leichtere Umstände gewünscht hätten. Niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, wie lange uns diese Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen noch weiter verfolgen wird. Ein großes Ziel ist damit für uns aber auch schon klar: Wir wollen, dass Europa gemeinsam und solidarisch durch diese Krise kommt. Neben Corona gibt es noch weitere

drängende Themen. Sowohl den Brexit und die Verhandlungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen EU und Vereinigtem Königreich müssen wir bis Jahresende abschließen, als auch die Verhandlungen für den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union. Ich habe die Einigung auf einen Vorschlag zum Wiederaufbaufonds begrüßt und deutlich gemacht, dass es am besten wäre, wenn wir den Recovery Fund auch über Eigenmittel der EU finanzieren könnten.

In der zweiten Rede habe ich erst den AfD-Antrag zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft kommentiert. Erwartungsgemäß war der jedoch inhaltlich nicht wirklich gehaltvoll. Deswegen habe ich die Gelegenheit genutzt, um in erster Linie noch einmal detaillierter auf den An-

trag der Koalitionsfraktionen zur Rechtsstaatlichkeit in der EU einzugehen, den wir letzte Woche in den Bundestag eingebracht haben. Er ist maßgeblich aus meiner Feder, hatte es in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause aber leider nicht mehr auf die Plenartagesordnung geschafft. Darin habe ich nochmal betont, wie wichtig es ist, die EU-Mittelvergabe an Rechtsstaatlichkeitskriterien zu knüpfen und das im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen festzuschreiben. Auch ein Rechtsstaatsdialog ist enorm wichtig, damit wir dazu im Austausch mit den anderen EU-Ländern bleiben. Beide Reden kann man sich in der Mediathek des Bundestages noch einmal anhören: <https://dbtg.tv/fvid/7455168> und <https://dbtg.tv/fvid/7455470>.

## DIE GRUNDRENTE KOMMT.



Gerade in dieser angespannten Zeit müssen die Menschen darauf vertrauen können, dass sie sich auf uns verlassen können. Deshalb ist es wichtig, dass die Union ihre Blockade aufgegeben hat und wir die Grundrente im Bundestag endlich beschließen konnten. Die Rente ist für viele

Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle. Dafür haben sie jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt. Viele haben Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt. Und doch sind sie manchmal im Alter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Mit der Grundrente stärken

wir den sozialen Ausgleich und zeigen: Eure lebenslange Beitragsleistung wird auch angemessen gewürdigt. Insgesamt werden 1,3 Millionen Menschen einen Zuschlag auf ihre Rente bekommen. Umso wichtiger ist es, dass sie die Grundrente auch ab 1. Januar 2021 erhalten.

## TREFFEN MIT DEM NEUEN GEORGISCHEN BOTSCHAFTER LEVAN IZORIA

In der vergangenen Woche hatte ich das Vergnügen den neuen georgischen Botschafter in Berlin, Levan Izoria, kennenzulernen. Als ehemaliger Verteidigungsminister, der auch mal in Deutschland studiert hat, ist er ohne Zweifel ein großer Gewinn für die georgisch-deutschen Beziehungen. Mit ihm werden wir sicher auch die bisherigen sehr guten Kontakte zur georgischen Botschaft, die ich mit seinem

Vorgänger Guja Khokrishvili aufgebaut habe, ausbauen und weiter vertiefen können. Im Rahmen unseres Gesprächs haben wir über die aktuelle Situation in Georgien ebenso gesprochen wie über die Entwicklung der Östliche Partnerschaft und die Beziehungen von Georgien zur EU. Es ist immer wichtig, alle Informationen aus erster Hand zu bekommen und den Austausch mit den Botschaften zu pflegen.



## GESPRÄCH MIT SUSANNE TREPTOW, DER GESCHÄFTSFÜHRERIN DER GWS STADTWERKE HAMELN



Mit Susanne Treptow, Geschäftsführerin der GWS Stadtwerke Hameln GmbH, hatte ich ein ausgezeichnetes Gespräch zu den zahlreichen Gesetzen im Umwelt-, Energie- und Klimabereich, die wir aktuell in Berlin umsetzen. Ob das Kohleausstiegsgesetz,

das Strukturstärkungsgesetz oder Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz ist - alle haben natürlich auch Auswirkungen auf die regionalen Energieversorger. Und Strom, Wärme und Wasser gehören aus unserer Sicht ganz eindeutig zur Daseinsvorsorge, die jedem auch zugänglich sein müssen. Wir haben über spannende anstehende Projekte der Stadtwerke gesprochen: Zum Beispiel das

Projekt „Stromnetze der Zukunft“. Aber auch ein Überblick über regionale Projekte in der Windkraft, in Wasserkraft, Biogas, Fernwärme, Solarenergie und der Elektromobilität stand auf unserem Zettel. Schließlich war auch die Umsetzung der Sanierung der Schwimmhalle Einsiedlerbach ein Thema. Ich hatte mich im vergangenen Jahr erfolgreich für eine Bundesförderung über 4 Millionen Euro aus dem Programm der Sportstättenanierung eingesetzt. Danke für den wirklich sehr aufschlussreichen Austausch.

## BESUCH DER VOLKSHOCHSCHULE HAMELN-PYRMONT

Vor kurzem habe ich ein Gespräch mit Lena Specht, Fachbereichsleiterin der Volkshochschule Hameln-Pyrmont über die aktuell auch von Corona geprägte Arbeit der Volkshochschule und über die Veranstaltungsreihe des Hamelner Forums führen können. Insbesondere bei den Vor-Ort-Veranstaltungen musste die Volkshochschule durch Corona neue Wege gehen und hatte Anfang Juni erstmals zu einer virtuellen Veranstaltung eingeladen. Ich hatte ebenfalls Tickets erworben und fand sowohl das Format als auf die Möglichkeit als Zuschauer und Zuhörer daran zu partizipieren sehr gelungen. Titel der ersten Online-Veranstaltung war „Hass. Macht. Gewalt. - Ein Ex-Nazi packt aus“. Philip Schläffer stell-

te im Gespräch mit Lena Specht sein gleichnamiges Buch vor, in dem er aufrichtig und teils erschütternd offen seine Lebensgeschichte erzählt. Von gewalttätiger Neonazi-Szene über eine schnelle Radikalisierung mit Ausländerhass sowie Nationalismus und blinder Verehrung des „Dritten Reichs“ hin zu Bandengewalt und organisiertem Verbrechen. Schläffer schafft im Gefängnis den Ausstieg aus Kriminalität und Extremismus. Fortan beschließt er, sein altes Leben hinter sich zu lassen und sich aktiv gegen Hass, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt einzusetzen. Ein hochaktueller Insider-Bericht aus der rechten Szene, der nichts entschuldigt, sondern aufklären und warnen will. Das



Buch habe ich seit der Veranstaltung für die nächsten Zugfahrten zwischen Berlin und dem Weserbergland immer in der Tasche. Ich halte es für extrem wichtig, zu wissen, wie Menschen in ein solches Umfeld abdriften können, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit langfristig zu schützen. Danke für das Buch und die eindruckliche und überaus fesselnde Online-Veranstaltung!

## VERANSTALTUNG ZUM IN WÜRGASSEN GEPLANTEN LOGISTIKZENTRUM FÜR SCHWACH- UND MITTEL-RADIOAKTIVE ABFÄLLE FÜR DAS ENDLAGER KONRAD

Gemeinsam mit meiner Kollegin Esther Dilcher (Hessen) und meinem Kollegen Christian Haase (NRW) hatte ich Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium (BMU), zu einem Informationstreffen ins Dreiländereck eingeladen. Natürlich ging es dabei um die Anfang März erfolgte Ankündigung der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zur Errichtung eines Logistikzentrums für schwach- und mittelradioaktive Abfälle für das Endlager Konrad. Beim Gespräch in der Stadthalle Beverungen waren mit den Landtagsabgeordneten, Bürgermeistern und Landräten die politischen Vertreter aus der Region versammelt mit dabei. BMU-Staatssekretär Flasbarth wurde von Vertretern der BGZ sowie auch von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) begleitet, die für das Endlager Schacht Konrad zuständig ist. Im Vorfeld hatten wir als die Bundestagsabgeordneten der Region bereits einen umfangreichen Fragenka-

talog an das BMU übersandt. Viele dieser Fragen haben BMU und BGZ bereits schriftlich beantwortet, dennoch war und ist der direkte Austausch aus

unserer Sicht unbedingt notwendig. Uns war es wichtig, dass das BMU zu den aufgetauchten Fragen detailliert Stellung nimmt und für Erläuterungen bereitsteht. Damit erkennt das Bundesumweltministerium an, dass es in der Bevölkerung ein sehr großes Bedürfnis nach weitergehender Information gibt und zahlreiche offene Fragen zum geplanten Logistikzentrum zu klären sind. Wir haben die Bedenken der Menschen vor Ort klar gegenüber dem BMU und der BGZ sowie der BGE zum Ausdruck gebracht. Aus den Teilnehmerreihen

gab es Kritik an der Plausibilität des Auswahlverfahrens und die Forderung nach einer Anpassung der Bewertungsmatrix. Die BGZ erläuterte noch einmal detaillierter die Auswahlkriterien bei der Standortsuche und auch die infrastrukturelle Anbindung über Schiene und Straße sowie die Entfernung zur Wohnbebauung wurden intensiv diskutiert. Um die eingeforderte Offenheit und Transparenz herzustellen, war der Austausch für uns ein erster wichtiger Schritt. Ausführliche Informationen für alle Menschen im Dreiländereck sind aus unserer Sicht als Bundestagsabgeordnete für die Region jedoch weiter dringend notwendig. Es bleibt deshalb unser ausdrücklicher Wunsch auch an einem öffentlichen Informationstermin vor Ort festzuhalten, sobald dies wieder möglich ist. Wir begrüßen es deshalb, dass uns zugesagt wurde, dass die für Mitte März angekündigte öffentliche Informationsveranstaltung, die dann aufgrund der Corona-Situation nicht wie geplant stattfinden konnte, nachgeholt wird.



## AKTION DER SEEBRÜCKE HOLZMINDEN



organisiert. Mit der Installation aus hunderten Schuhpaaren, die sich an einer langen Kette durch die Fußgängerzone schlängelten, erinnerte die Seebrücke



Holzminden an die vielen Menschen die seit Jahren auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrinken. Auch wenn wir mit Blick auf Covid-19 aktuell zurecht eine

nierenden europäischen Asylsystem kommen müssen und dass wir ganz dringend eine europäische Seenotrettungsmission brauchen, weil wir die Seenotrettung nicht einfach privaten Rettungsorganisationen überlassen dürfen. Diese Dinge muss Innenminister Seehofer zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft endlich wirksam angehen.

Die Seebrücke ist eine internationale Bewegung aus der Zivilbevölkerung, die sich für Seenotrettung einsetzt. Die Seebrücke Holzminden hat am vergangenen Samstag eine starke Aktion in der Holzmindener Innenstadt

sehr große Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung des Coronavirus legen, dürfen andere Themen nicht vollends aus dem Blickfeld geraten. Die Aktion der Seebrücke Holzminden trägt auf beeindruckende



Art und Weise dazu bei, an die Situation der vielen Flüchtenden auf dem Meer zu erinnern.

Ich war gemeinsam mit meinen Landtagskollegen Sabine Tippelt und Christian Meyer sowie zahlreichen politisch und gesellschaftlich engagierten Menschen natürlich auch mit dabei, um darauf hinzuweisen, dass wir eine europäische Migrationsagenda brauchen, dass wir endlich zu einem funktio-



## INFORMATIONSTREFFEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT „STOP VOSKA“

Zum zweiten Informationstreffen hatte am vergangenen Sonntagvormittag die Arbeitsgemeinschaft „Stop Voska!“ um ihren Sprecher Christian Stetter nach Salzhemmendorf eingeladen. Am Steinbruch Voska kamen zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit unserem Landrat Dirk Adomat, Landtagskollegen Christian Meyer und mir zusammen, um gegenüber dem Betreiber Lhoist Rheinkalk ganz deutlich zu ma-

der Stunde und bis zu 350 Lkw täglich bedeuten. Sowohl die daraus folgenden erheblichen Belastungen für die Anwohner als auch die Nutzung der Zugewegungen sind jedoch auch aus Sicht von Bürgermeister Cle-



mens Pomerening und Ortsbürgermeister Karsten Appold nicht ausreichend geprüft worden. Neben dieser Transportproblematik gibt es auch mit Blick auf den Umwelt-

halb beantragt, dass es keine erneute Bürgeranhörung geben müsse. Ich halte die öffentliche Auslegung des Rheinkalk-Antrages für dringend geboten, weil nur dann auch die Sorgen der Bürger berücksichtigt werden können. Das Unternehmen kann hier nicht einfach Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand agieren und ich erwarte von einer verantwortungsvollen Gewerbeaufsicht auch eine entsprechende Einordnung.

chen, dass der Versuch Antragsverfahren ohne Bürgerbeteiligung einfach durchzuziehen so nicht hingenommen wird. Beim Gewerbeaufsichtsamt Hannover hatte das Unternehmen Rheinkalk beantragt, im Steinbruch eine mobile Brech- und Siebanlage zu errichten, die bis zu 300 Tonnen Gestein pro Stunde abbaut. Bei 4800 t am Tag würde der Abbaubetriebs wohl ein Verkehrsbelastung von 22 Lkw in

schutz und auf mögliche Gefährdung des Trinkwassers große Bedenken. Rheinkalk beruft sich für die Wiederaufnahme des Gesteinsabbaus auf eine Genehmigung von 2002 und hatte des-



## Zweites Corona-Steuerhilfegesetz

Um der Gefahr eines geringeren Wachstums infolge der Corona-Pandemie zu begegnen, werden schnell wirkende konjunkturelle Stützungsmaßnahmen umgesetzt. Auch die Steuerpolitik muss helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und Beschäftigung zu sichern. Dazu hat der Bundestag in dieser Woche das „Zweite Corona-Steuerhilfegesetz“ mit vielen verschiedenen Maßnahmen beschlossen. Mit der befristeten Senkung der Mehrwertsteuer im 2. Halbjahr 2020 wird ein Konjunkturimpuls gesetzt und Verbrauchern geholfen, gut durch die Krise zu kommen. Familien erhalten einen Kinderbonus von insgesamt 300 Euro und Alleinerziehende einen höheren Entlastungsbetrag. Unternehmen werden zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Erholung mit der Einführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, der Verbesserung der Möglichkeiten der Verlustverrechnung, der Erhöhung der steuerlichen Forschungszulage sowie weiteren steuerlichen Erleichterungen unterstützt. Im Verlauf der parlamentarischen Beratung haben die Koalitionsfraktionen noch die vollständige Übernahme des Länder- und des Gemeindefinanzanteils an den Mehrbelastungen des Kinderbonus durch den Bund beschlossen.

## Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht

Insbesondere in der Reise- und Tourismuswirtschaft hat die COVID-19-Pandemie zu erheblichen Einschränkungen sowie Verlusten geführt. Gerade die Reiseveranstalter und auch die Reisevermittler stehen unverschuldet vor einer großen Welle von Rückzahlungsforderungen der Kundinnen und Kunden, die Ihre Reisen aufgrund der Corona-Krise und der daraus folgenden weltweiten Reisewarnungen nicht antreten konnten. Reiseveranstalter sind dadurch teilweise in existenzbedrohende Liquiditätsengpässe geraten. Obwohl bereits erste Lockerungen der Beschränkungen vorgenommen wurden, ist nicht vorhersehbar, wann mit einer Normalisierung des Reisebetriebs gerechnet werden kann. Dies kann und wird gravierende Folgen für diese Branche haben. Jedoch können auch Reisende auf eine Rückzahlung der erbrachten Vorauszahlungen angewiesen sein, weil sie sich als Folge der COVID-19-Pandemie erheblichen Einkommensverlusten und schwindenden finanziellen Rücklagen ausgesetzt sehen. In Ergänzung zu den zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie bereits getroffenen Regelungen wird nun eine gesetzliche Regelung geschaffen, die den Reiseveranstaltern die Möglichkeit gibt, den Reisenden

statt der sofortigen Rückerstattung des Reisepreises einen Reisegutschein im Wert der erhaltenen Vorauszahlungen anzubieten. Der Gutschein ist gegen eine etwaige Insolvenz des Reiseveranstalters abgesichert und kann bis Ende 2021 bei dem Reiseveranstalter eingelöst werden. Danach wandelt er sich automatisch wieder in einen Rückzahlungsanspruch zurück. Die Reiseveranstalter erhalten somit die Möglichkeit, zunächst weiter mit den bereits vereinnahmten Vorauszahlungen zu wirtschaften und den Fortbestand ihres Unternehmens sicherzustellen. Den Reisenden entstehen wiederum aus der Annahme eines Gutscheins keine Nachteile, da die Gutscheine im Fall einer Insolvenz des Reiseveranstalters werthaltig bleiben und somit auch in wirtschaftlicher Hinsicht attraktiv sind. Die Reisenden sind nicht verpflichtet, die Gutscheine anzunehmen. Entscheiden sie sich dagegen, haben sie unverändert einen Anspruch auf Rückerstattung ihrer Vorauszahlungen. Durch diese Regelung wird ein fairer Interessenausgleich erreicht. Ergänzend schaffen wir im Änderungsantrag für die Berufskammern, wie z.B. Rechtsanwaltskammern etc. die Möglichkeit, trotz erheblicher Beschränkungen für Veranstaltungen und Versammlungen aufgrund der COVID-19-Pandemie handlungsfähig zu bleiben.

## TREFFEN MIT DEM BETRIEBSRAT DER ÖFFIS HAMELN-PYRMONT

Gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Kreistag Hameln-Pyrmont und Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Öffis, Constantin Grosch, habe ich mich zu einem Austausch mit dem Betriebsrat der Verkehrsgesellschaft Hameln-Pyrmont (Öffis) getroffen. Die Corona-Situation ist gerade für den ÖPNV eine schwierige Zeit, weil viele Menschen - wenn sie es können - wieder stärker auf den Individualverkehr zurückgreifen. In den vergangenen Jahren hatten die Öffis große Herausforderungen zu schultern. Neben der Fusion aller Verkehrsunternehmen im Landkreis auch eine weitreichende Tarifreform, um den ÖPNV in der Region attraktiver und bezahlbarer zu machen. Das alles geht nur mit



einer Belegschaft, die mitzieht und diesen Weg unterstützt. Deshalb habe ich dieses Gespräch mit dem Betriebsrat als ungemein offen und sehr zu-

kunftsorientiert empfunden. Denn schon aus Klimaschutzgründen wollen wir auch in Zukunft den Öffentlichen Personennahverkehr weiter stärken.

### Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln  
05151 107 33 99

### Büro Holzminden

Obere Str. 44  
37603 Holzminden  
05531 5030

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
030 227 77295

[johannes.schraps.wk@bundestag.de](mailto:johannes.schraps.wk@bundestag.de) [johannes.schraps@bundestag.de](mailto:johannes.schraps@bundestag.de)

### V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann